

Detlev v. Larcher
Pressemitteilung am 16. Februar 2010

Nach dem großen Erfolg mit der Massenpetition zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer an den Deutschen Bundestag - über 66 000 Unterschriften wurden abgegeben, demnächst findet eine öffentliche Anhörung im Finanzausschuss des Bundestages statt - startet ein internationales Netzwerk aus europäischen Attacs, Nichtregierungsorganisationen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Gruppen am 16.2.10 eine internationale Unterschriftenkampagne unter einen Offenen Brief an die Staats- und Regierungschefs der G 20-Länder. Die Aktion, cyber action genannt, fordert die Staats- und Regierungschefs auf, für die Einführung einer Umsatzsteuer auf den Handel mit Finanzvermögen zu sorgen.

Der Brief weist darauf hin, dass mit der Krise Millionen von Menschen ihren Arbeitsplatz verloren hätten. Überall in der Welt habe die Armut zugenommen, und die Zahl der Hungernden sei um 100 Millionen gestiegen.

Auch die Attacies im Landkreis Diepholz werben intensiv in ihrem Bekanntenkreis und öffentlich für die Unterschrift.

Unter www.steuergegenarmut.de kann nicht nur der Brief unterzeichnet werden. Hier findet man auch einen kurzen Filmspot mit Jan Josef Liefers (im Münsteraner Tatort der Pathologe Börner) und Heike Makatsch, der am 15.2.2010 bei der Gala der Gruppe cinema for peace am Rande der Berlinale uraufgeführt wurde. Der Film ist einem britischen Vorbild nachempfunden, das schon länger auf YouTube um Unterschriften in Großbritannien wirbt.

Der ehemalige SPD-MdB Detlev v. Larcher im Wahlkreis Diepholz und Mitglied im bundesweiten Koordinierungskreis von Attac gehört zu den Initiatoren dieser internationalen Aktion:
" Die Finanzindustrie muss jetzt einen angemessenen Anteil an den Lasten der von ihr weitgehend verursachten Krise übernehmen. Die Steuer würde:
*Geld bringen, mit dem die sozialen Folgen der Krise bezahlt und die Armut in der Welt sowie die Klimaerwärmung bekämpft werden können,
*zu mehr Stabilität des Finanzsystems beitragen, indem sie Spekulation und Überliquidität zurückdränge.
Wir hoffen auf mehrere hunderttausend Unterschriften bis zum G 20-Gipfel im Juni in Toronto.

Finanzminister Schäuble, der die Transaktionssteuer angeblich schon für tot erklärt hat, darf nicht Recht behalten. Eine Bankenabgabe, wie Präsident Obama sie will, ersetzt nicht die Transaktionssteuer, die neben den Banken auch Hedgefonds und andere Akteure auf den Finanzmärkten bezahlen müssen. Die Banken nutzen gerade die Krise um Griechenland, um Spekulationsgeschäfte gegen den Euro zu machen, während die Steuerzahler wieder blechen sollen. Mit der Steuer kann solchen sozial schädlichen Machenschaften ein Riegel vorgeschoben werden."

www.steuergegenarmut.de